

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint im allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. wöchentlich 40 Pf. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postaufträge und Postwechselungen, nehmen zu werden nach Möglichkeit annahmeh bis zum 10. Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wilsdruff-Dresden
Postfach: Dresden 2641
Dienstag, den 23. Mai 1933

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rosten behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 119 — 92. Jahrgang Telegt.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2641 Dienstag, den 23. Mai 1933

Für und wider den Mussolini-Plan.

Die Rede Hitlers hat eine neue Lage geschaffen; diese neue Lage soll nach dem Wunsche der deutschen Regierung im Sinne der Botschaft Roosevelts und im Sinne des Vier-Mächte-Pakts Mussolinis unverzüglich weiter ausgebaut werden, hatte der Reichsminister Göring geäußert, als er in Rom nach der Ursache seines überraschend fruchtigen Besuchs und nach dem Inhalt der Verhandlungen mit Mussolini gefragt wurde. Mit der Antwort, die er darauf gab, ist angedeutet — und die Besprechungen des italienischen Ministerpräsidenten mit dem englischen und dem französischen Botschafter in Rom dürften nach derselben Richtung hinweisen —, daß der bekannte Vorschlag des Vier-Mächte-Pakts, den Mussolini schon vor Monaten gemacht hatte, als auf der Genfer Abrüstungskonferenz der Karren wieder einmal festgefahren war, nun aus der Verfertigung hervorgeholt wurde und ernstlich zur Verhandlung gestellt werden soll.

Bekanntlich ist dieser Vorschlag Mussolinis, der grundsätzlich von Deutschland und damals auch von England angenommen wurde, durch die französische Sabotage immer stärker in den Hintergrund gedrückt worden. Der eigentliche Grund dabei war, daß der Vorschlag sich prinzipiell auf den Standpunkt stellte, dem Revisionsbegehren namentlich Deutschlands hinsichtlich der Grenzbeziehungen des Versailler Vertrages müsse stattgegeben werden, aber natürlich ebenso grundsätzlich nur auf dem Wege, der im Völkerbundpakt hierfür vorgesehen wird. Keine Mächtegruppierung in Europa, die unbedingt und von vornherein überhaupt jede derartige Revisionsmöglichkeit ablehnt, also Frankreich und seine ost- bzw. südeuropäischen Trabanten, richtete nun aber offiziell den Angriff gegen den Mussolini-Vorschlag auf jenen Punkt, der eigentlich der Kern des ganzen Planes war: Die vier Großmächte Italien, Deutschland, Frankreich und England sollten sich ohne das sonstige Gewimmel der Mittel- und Kleinstmächte zusammenschließen und durch gemeinsame Arbeit im Sinne einer Befriedigung Europas tätig sein. In Paris wurde mit Hilfe des tschechoslowakischen Außenministers Benesch, seines rumänischen Kollegen Titulescu und selbstverständlich auch des polnischen Außenministers immer härter und lauter der Einwand geltend gemacht, daß durch die Vier-Mächte-Konferenzen so etwas wie eine Vergewaltigung der Kleinen herbeigeführt werden würde. Im Laufe der Zeit blieben diese Angriffe nicht ohne Erfolg, insofern, als Mussolini selbst noch einmal unterstrich, daß jede Revision der Friedensverträge nur im Rahmen des Völkerbundpaktes erfolgen dürfe und daß auch die kleinen und mittleren Staaten von den vier großen nicht unter Druck gesetzt, sondern nur überzeugt werden sollten. An ein Direktorium der Großmächte werde in seinem Falle gedacht. Der weitere Inhalt seiner Vorschläge bezog sich dann auf die Abrüstung im Sinne des Macdonald-Planes und auf eine vertragsmäßige festgelegte, langjährige Befriedigung Europas; beide Punkte haben jetzt durch das Eingreifen Roosevelts ja eine politische Bedeutung erhalten, die weit über das hinausgeht, was man in Genf darüber verhandelt. An diesen beiden Punkten haben aber auch jene Ausführungen eingeseht, die der deutsche Reichsminister, Hitler, in seiner Rede über das Versailler Diktat und den Friedenswillen Deutschlands gemacht hat.

Trotz mancher Abänderungen und Einschränkungen, die also der Mussolini-Vorschlag inzwischen erfahren hat und vielleicht in allerletzter Zeit noch erfährt, ist man in Paris alles andere als entzückt darüber, daß nun jener Vorschlag wieder aufgetaucht ist. Das geschah aber in einer Weise, die es den Franzosen fast unmöglich macht, sich gegen den Abschluß zu sträuben. Von vornherein versuchten sie aber, eine weitere Einschränkung einzuschalten, der Pakt einer Zusammenarbeit zwischen den vier Hauptmächten dürfe keine konkreten Fälle der Vertragsänderung ins Auge fassen, sondern lediglich die Frage der hier zu empfehlenden weiteren Arbeitsmethode. Außerdem dürfe ein Mussolini-Pakt den Rechten der anderen Länder oder den Vollmachten des Völkerbundes in nichts vorwegnehmen. Man baute also schnell noch Mauern dagegen auf, daß aus einer grundsätzlichen Revisionsmöglichkeit irgendwann und irgendwie auch eine Wirklichkeit werden könnte.

Man fühlte sich in Paris aber doch durch die Roosevelt-Botschaft und die Hitler-Rede so in die Ecke manövriert, daß man nicht auf anders konnte, als sich in Rom über den Pakt zu verständigen. Das ist der französische Außenpolitik dadurch erleichtert worden, daß dieses neue Abkommen nicht mehr die klare und zielstrebige Eindeutigkeit aufweist wie der ursprüngliche Vorschlag. Die Spannungen, die sich inzwischen gerade in Europa so verschärft hatten, haben eben auch hier zu Kompromissen geführt, die sich dieser Wirklichkeit anpassen mußten. Dieselbe Wirklichkeit aber wird erst lehren, was aus der nun auf dem Papier stehenden Vereinbarung künftig gemacht werden wird.

Ein neuer Vier-Mächte-Pakt?

Amerikas Stellungnahme zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.

Große politische Erklärung des Sonderbeauftragten Norman Davis in Genf.

Im Hauptansatz der Abrüstungskonferenz gab der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis die mit größter Spannung erwartete Erklärung der amerikanischen Regierung über ihre endgültige Stellungnahme zum Abrüstungs- und Sicherheitsproblem bekannt. Folgende Punkte hob Davis zu Beginn seiner Rede hervor:

Die amerikanische Regierung sei bereit, auf dem Abrüstungsgebiet so weit zu gehen wie irgendein anderer Staat. Das Endziel müsse die Herabsetzung der Rüstungen „ungefähr“ auf das in den Friedensverträgen festgesetzte Maß sein, d. h. Herabsetzung der Rüstungen durch fortschreitende Etappen so schnell wie möglich bis zu dem Niveau der für innere Polizeizwecke notwendigen Truppen.

Die amerikanische Regierung sei als Beitrag zur Organisation des Friedens bereit, in einem Konfliktfall mit den übrigen Mächten in Beratungen darüber einzutreten, ob der Friede bedroht ist. Falls die übrigen Nationen nach eingehenden Beratungen beschließen, daß ein Staat den Frieden durch Bruch der internationalen Verpflichtungen gefährdet hat und falls sodann eine Übereinstimmung zwischen den übrigen Mächten über den als schuldigen und verantwortlichen Angreifer erfolgt, verpflichte sich die amerikanische Regierung, sich jeder Handlung zu enthalten, die das gemeinsame Vorgehen der übrigen Mächte zur Wiederherstellung des Friedens gefährden könnte.

Die amerikanische Regierung erkläre sich bereit zu einer gemeinsamen automatischen ständigen Kontrolle der Rüstungen, durch einen ständigen Abrüstungsausschuß.

Das endgültige Ziel müsse nach Auffassung der amerikanischen Regierung die vollständige Durchführung der Abrüstung in Etappen sein, jedoch müsse der entscheidende erste Schritt sofort ergriffen werden.

Norman Davis führte dann in seiner Erklärung, die sich immer wieder unmittelbar auf Deutschland bezog u. a. noch folgendes an:

Die Abrüstungskonferenz hat jetzt den Augenblick endgültiger Entscheidungen erreicht. Das Ende der Konferenz ist jetzt in Aussicht. Sämtliche Nationen der Welt müssen jetzt zeigen, ob sie die Absicht haben, die fortschreitende Abrüstung herbeizuführen oder zu dem Vorkriegssystem der unbegrenzten Rüstungen, des internationalen Verachtes und der Furcht zurückzukehren.

Durch die Friedensverträge wurden die Rüstungen Deutschlands und der mit Deutschland verbündeten Staaten herabgesetzt, um die Bürgerschaft zu schaffen, daß die Armen Deutschlands und seiner Verbündeten in Zukunft innerhalb der eigenen Grenzen bleiben. Es wäre jedoch weder gerecht noch weise, noch war es ursprünglich vorgesehen, daß die mitteleuropäischen Staaten für immer auf dem Abrüstungsgebiet unter einem besonderen Regime verbleiben. Es war stets eine Pflicht der übrigen Unterzeichnermächte der Friedensverträge, ihre Rüstungen in Etappen auf ein mit den Verteidigungsbedürfnissen zu vereinbarendes Mindestmaß herabzusetzen.

Sämtliche Mächte der Welt müssen jetzt das von ihnen 1919 übernommene Abrüstungssystem durchführen, oder die Welt muß jetzt offen zugeben, daß nunmehr das Verträgen wieder einsetze. Dann würde jedoch die Entwicklung einem neuen Weltkrieg zutreiben.

Norman Davis sagte sodann mit großem Nachdruck, daß gegenwärtig der Abrüstung zwei Hauptbindnisse entgegenstünden: 1. die Furcht, daß Deutschland die Absicht habe, wieder aufzurüsten; 2. die Weigerung der schwergerüsteten europäischen Staaten, in der gegenwärtigen Weltlage einen wahrhaften Schritt in der Richtung der Abrüstung zu tun.

Mit erhobener Stimme rief Norman Davis sodann aus: Wenn jedoch im gegenwärtig entscheidenden Augenblick ein Staat es ablehnt, konkrete Beweise für seine friedlichen Absichten zu geben, und auf seinem Recht zum Wiederaufrüsten besteht, selbst wenn andere Mächte bedeutungsvolle und wirksame Abrüstungsmahnahmen ergreifen, dann wird der größte Teil der Verantwortung für den erfolglosen Ausgang der Konferenz mit den sich daraus ergebenden unübersehbaren Folgen dieser Nation zur Last fallen.

Wir erkennen das legitime Recht jedes Staates auf Aufrechterhaltung seiner Sicherheit an, jedoch sind

wir tief davon durchdrungen, daß auf die Dauer eine Sicherheit besser durch eine kontrollierte Abrüstung gesichert werden kann, die durch fortgesetzte, in Etappen durchgeführte Senkung der Rüstungen der schwergerüsteten Staaten auf das in den Friedensverträgen vorgesehene Maß zu erreichen ist. Die kürzliche Rede des deutschen Reichsanzlers

ist dadurch, daß Deutschland gleichzeitig die Botschaft des Präsidenten Roosevelt angenommen hat, sehr nutzbringend gewesen. Diese Rede sowie die Erklärung des Botschafters Radolny über den englischen Abkommensentwurf als Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens hat die Lage so geändert, daß wir nun von neuem den Plan mit der Hoffnung durchberaten können, zu einem Ergebnis zu gelangen.

Französisch-amerikanische Spannung.

Norman Davis lehnt französischen Vorschlag auf Behandlung der Sicherheitsfrage ab.

Im Hauptansatz der Abrüstungskonferenz gaben dann in der großen politischen Aussprache über die Annahme des englischen Abrüstungsplanes betreffs des baldigen Abschusses der Abrüstungskonferenz die Vertreter der Großmächte kurze Erklärungen ab.

Der Kabinettschef Mussolinis, Botschafter Baron Aloisi, betonte, die Abschaffung der schweren Angriffswaffen werde die wirksamste Garantie für die Unverletzbarkeit der Grenzen darstellen. Die italienische Regierung sei bereit, große Opfer in der uneingeschränkten Annahme des englischen Abrüstungsplanes zu bringen, falls die übrigen Mächte die gleiche Haltung einnehmen würden. Der englische Außenminister setzte sich für die Notwendigkeit sofortiger praktischer Entscheidungen auf dem Abrüstungsgebiet und die Unmöglichkeit einer weiteren hinausgezögerten des endgültigen Abrüstungsabkommens ein. Simon unterstrich sodann nachdrücklich, die Erklärung des Reichsanzlers Hitler und die Ausführungen des Botschafters Radolny seien von großer Bedeutung, da nunmehr auch Deutschland den englischen Plan nicht nur als Verhandlungsgrundlage, sondern als Grundlage der gesamten künftigen Regelung angenommen habe.

Unter großer Spannung gab sodann Paul-Boncour eine Erklärung ab, in der er die traditionelle französische Sicherheits- und Abrüstungspolitik uneingeschränkt aufrecht erhielt. Gegenüber den einschlägigen Vorschlägen von amerikanischer Seite auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen versuchte Paul-Boncour wiederum die Sicherheitsfrage als das entscheidende Kapitel der Abrüstung hinzustellen und machte von der Behandlung dieser Frage die endgültige Stellungnahme Frankreichs zu praktischen Abrüstungsmahnahmen abhängig.

Paul-Boncour beantragte, die Verhandlungen mit der artikulierten Durchberatung des ersten Teils des englischen Abrüstungsplanes über die Sicherheit zu beginnen.

Norman Davis lehnte zum allgemeinen Erstaunen den französischen Vorschlag mit großer Entschiedenheit ab.

Er betonte, daß die Roosevelt-Botschaft bereits genügend Klarheit über die amerikanische Beteiligung auf dem Sicherheitsgebiet geschaffen habe, so daß die europäischen Mächte sich außerhalb der offiziellen Sitzungen direkt über die Regelung der Sicherheitsfrage zu einigen hätten und deshalb der Hauptansatz nicht weiter Zeit mit der Behandlung der Sicherheitsfrage zu vergeuden brauche. Norman Davis beantragte, in direktem Gegensatz zum französischen Vorschlag, sofort in die artikulierten Durchberatung des englischen Planes

über die materielle Abrüstung einzutreten. Präsident Henderson sah sich angesichts dieser offen zutage tretenden Gegensätze gezwungen, die Sitzung abzubrechen.

Die Davis-Erklärung in deutscher Beurteilung.

Die bedeutsame von Norman Davis vor der Abrüstungskonferenz vertlesene Erklärung der amerikanischen Regierung wird in maßgebenden deutschen Kreisen begrüßt. Man erkennt daraus, daß nunmehr die amerikanische Regierung auf die schwergerüsteten Staaten stärksten Druck ausübt, um sie zu einer entscheidenden Herabsetzung der Rüstungen und zu einer völligen Abschaffung der Angriffswaffen zu veranlassen. Nach deutscher Auffassung hat sich die amerikanische Regierung auf dem Abrüstungsgebiet in direktem Gegensatz zu der bisherigen französischen Abrüstungspolitik gestellt, vor allem, da die Vereinigten Staaten die Abrüstung eindeutig, entsprechend der deutschen Auffassung, als entscheidende

Gebt reichlich für die Opfer der Arbeit